

# POSITIONSPAPIER TTIP

**(STAND: 13. SEPTEMBER 2014)**

## **1 Leitlinien**

Leitlinien basierend auf den NEOS-Kernwerten: Freiheitsliebe, Wertschätzung, Eigenverantwortung, Nachhaltigkeit und Authentizität.

### **1.1 Außenhandelspolitik, freier Handel**

Wir treten für eine Außenhandelspolitik der Inklusion sowie freien und fairen Handel ein, denn wirtschaftliche Verflechtungen haben friedensstiftende Wirkung. Der Abbau künstlicher Schranken ermöglicht Menschen unabhängig ihrer Herkunft gemeinsam Wohlstand zu schaffen. Um alle gleichermaßen teilhaben zu lassen, sollte auch die Regulierung gemeinsam, z.B. im Rahmen der WTO, erfolgen. Ökonomische Blockbildung muss vermieden werden.

### **1.2 Schutzvorschriften, gemeinsame Regeln**

Gemeinsame Regeln führen zu erleichterter Zusammenarbeit und einfacherer Wirtschaftsgebarung, vor allem für KMUs. Dabei muss sichergestellt sein, dass jeder Staat weiterhin unbeeinflusst Gesetze zum Wohl von Bürger\_innen und Umwelt beschließen kann.

### **1.3 Innovation und Vorsorgeprinzip**

Handel, Investitionen und Innovation sichern das Österreich und das Europa von morgen. Gleichzeitig müssen Gesundheit und Wohlergehen sichergestellt werden. Darum sind wir überzeugte Verfechter des Vorsorgeprinzips, wonach Produkte nur

dann am Markt zugelassen werden, wenn über ihre Harmlosigkeit für Mensch und Umwelt Gewissheit herrscht.

#### **1.4 Wirtschaft und Nachhaltigkeit**

In unseren Augen dient die Wirtschaft dem Wohl des Menschen. Handel und Investitionen schaffen und sichern langfristig unseren Wohlstand. Wir leben das Prinzip der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit.

#### **1.5 Landwirtschaft, Vielfalt, Klarheit**

Wir lieben und fördern Vielfalt, auch in der Landwirtschaft. Dafür braucht es klare Rahmenbedingungen, denn qualitativ hochwertige Landwirtschaft muss nachhaltig für Boden, Luft und Wasser betrieben werden. Damit unsere Bürger\_innen ihre Wahl frei und informiert treffen können, setzen wir uns für eine klare Kennzeichnung von Produkten ein.

### **2 FORDERUNGEN**

#### **2.1 Reset TTIP: zurück zum Start, denn ein bürgerfern verhandeltes Abkommen ist nicht vertretbar**

**Herausforderung:** Die Intransparenz rund um die bürgerfernen Verhandlungen verursacht berechtigtes Misstrauen und vergrößert die Kluft zwischen der EU und ihren Bürger\_innen.

**Die Art und Weise, wie die Verhandlungen für TTIP ablaufen, sind in einer Gesellschaft mündiger Bürger\_innen nicht tragbar. TTIP in dieser Form werden wir nicht unterstützen. Wir fordern, TTIP durch ein neues, unter umfassender Bürgerbeteiligung verhandeltes Handelsabkommen, dem sich später auch andere Nationen anschließen können, zu ersetzen. Essentiell dafür sind absolute Transparenz und ehrliche Bürgereinbindung.**

#### **Kurzfristige Maßnahmen:**

- Publikation des Verhandlungsmandats und der Verhandlungsdokumente sowie durch Stakeholder (NGOs, Mitgliedsländer, Interessensvertreter) eingebrachte Vorschläge.

- Öffentliche Anhörungsprozesse für alle Kapitel eines potentiellen Abkommens, ähnlich dem Moratorium der EU-Kommission zur Investor-Staat-Streitbeilegung ISDS im TTIP.
- Um Missbrauch bei Lobbying in den Griff zu bekommen, müssen Lobbyisten auf einer transparenten für die Öffentlichkeit zugänglichen Liste akkreditiert werden.
- Während der Verhandlungen und nach Abschluss sollten Universitäten, Forschungsinstitute und Think Tanks eingeladen werden, das Verhandlungsergebnis zu analysieren und für einen umfassenden öffentlichen Diskurs verständlich darzustellen.
- Zwischen einem Verhandlungsabschluss und der Abstimmung im Europäischen Parlament muss eine Begutachtungsphase von mindestens 6 Monaten eingehalten werden, in der Parlament und Öffentlichkeit Einblick nehmen und einen umfassenden öffentlichen Diskurs über das Verhandlungsergebnis führen können.

### **Langfristige Maßnahmen:**

- Es ist sicherzustellen, dass sich einem etwaigen Abkommen im Sinne des Prinzips „open regionalism“ später auch andere Nationen anschließen können.
- Langfristig muss ein multilaterales, möglichst weltweites Abkommen das Ziel sein.
- Die Kommission hat interne und externe Dokumente über die laufenden Verhandlungen im Internet zu veröffentlichen und zwar nach den gleichen Prinzipien, die für das allgemeine Gesetzgebungsverfahren in der Union gelten.
- Moderne Außenhandelspolitik berührt vitale Interessen der Bürger\_innen, daher sollte für Verhandlungen folgende Prämisse enthalten: im Zweifel für die Offenlegung.
- Zur Sicherstellung des Interessenausgleichs sind Quoten für die Beteiligung der Zivilgesellschaft (Bürger\_innen, NGOs) und anderen unterrepräsentierten Gruppen (z.B. KMU-Interessensverbände) einzuführen.

**Begründung:** NEOS ist eine Bürger\_innenbewegung, die schon seit ihrem Ursprung Transparenz und Partizipation zum Grundsatz erklärt hat. Dahinter steckt die Überzeugung, dass Politik am besten den Bürgerinnen und Bürgern dient, wenn sie auch von diesen selbst gemacht wird. Notwendige Voraussetzung für diese Teilhabe ist der Zugang zu Information.

Im Gegensatz zum transparenten Europäischen Parlament informieren EU-Kommission und Ministerrat dürftig und erst nach starkem Druck der Zivilgesellschaft über den Stand der TTIP-Verhandlungen. Gleichzeitig gibt es Berichte, wonach Lobbyisten im Gegensatz dazu bereits frühzeitig eingebunden wurden. Ein Handelsabkommen ohne Akzeptanz in der Bevölkerung ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben wurde. Die Intransparenz schadet nachhaltig der Europäischen Union und ihren Bürger\_innen, denn die europäische Öffentlichkeit ist in den Verhandlungen das stärkste Argument für die Wahrung europäischer Interessen und damit essentieller Partner, nicht Gegner der EU-Kommission.

## **2.2 Außenpolitik demokratisieren: Außenhandelspolitik aus den Hinterzimmern der Macht holen**

**Herausforderung:** Verglichen mit der Bedeutung von Außen- und Außenhandelspolitik für den Alltag von Bürgerinnen und Bürgern ist das Demokratiedefizit in diesem Bereich massiv: Außenhandelspolitik wird im Hinterzimmer ausgemacht.

**Gewählte Volksvertreter müssen zukünftig auf die Außenhandelspolitik deutlich mehr Einfluss nehmen können. Um die Außenhandelspolitik aus den Hinterzimmern der Macht zu holen, braucht es klare Transparenzregeln und ehrliche Einbindung der Zivilgesellschaft.**

### **Kurzfristige Maßnahmen:**

- Die EU-Kommission untersteht in Zukunft einer Informations- und Rechtfertigungspflicht gegenüber der europäischen Öffentlichkeit und muss diese umfassend über Abkommen, involvierte Parteien und Entscheidungen informieren.
- Solange die dafür notwendigen Änderungen des Vertrags von Lissabon nicht eingetreten sind, muss dies in einer Vereinbarung zwischen dem Parlament, der Kommission und dem Rat festgehalten werden.
- Der bereits bestehende „Transatlantic Legislators’ Dialogue“, ein Gremium von europäischen und US-amerikanischen Abgeordneten, soll zu einer transatlantischen parlamentarischen Versammlung ausgebaut werden, nach Vorbild parlamentarischer Versammlungen bei Europarat und OSZE.

## Langfristige Maßnahmen:

- US-Kongressabgeordnete und EP-Abgeordnete arbeiten im Rahmen der parlamentarischen Versammlung gemeinsam am Abbau unnötiger Bürokratie bei gleichbleibenden oder höheren Schutzstandards.
- Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments sind auszudehnen: In Zukunft soll die EU-Kommission ihr Verhandlungsmandat von gewählten Volksvertretern und nicht wie bisher vom Ministerrat erhalten.

**Begründung:** Eine aktive Außenhandelspolitik hat sich als wichtiger Motor für Entwicklung und Aufschwung bewährt. In den letzten Jahren allerdings widmet sich die fortgeschrittene Freihandelspolitik weniger den vielfach bereits abgebauten nationalistischen Schranken und immer mehr Vorschriften, die den Alltag der Bürger\_innen betreffen. Mit steigender Intensität betrifft sie die Nahrungsmittel, den Zugang zu Medikamenten, den Schutz der Umwelt, die Daten der Bürgerinnen und Bürger und viele andere Lebensbereiche. Damit stellt sie auch die Demokratie vor neue Herausforderungen. Denn diese Bereiche gehören traditionell nicht zur Außenpolitik, sondern zur Innen- oder Europapolitik und werden in transparenten Institutionen und demokratischen Prozessen reguliert – das muss in Zukunft auch für die Außenhandelspolitik sichergestellt werden.

Ein erster Schritt dazu ist die länderübergreifende Kooperation der gewählten Volksvertreter\_innen im Rahmen von einzuberufenden parlamentarischen Versammlungen. Dies würde Staaten ermöglichen, schneller und effektiver auf Änderungen von Gesellschaft und Bedürfnissen der Bürger\_innen zu reagieren.

### **2.3 ISDS reformieren, Rechtsstaatlichkeit garantieren: ständigen internationalen Gerichtshof einsetzen**

**Herausforderung:** Internationale Investitionsstreitigkeiten und völkerrechtlich geregelter internationaler Handel bedürfen effizienter Streitbeilegungsmechanismen. Nationale Gerichte, die an nationale Gesetze gebunden sind, reichen in bestimmten Fällen für die Einhaltung internationaler Rechtsstaatlichkeit nicht aus. Jedoch ist das weitverbreitete System der Schiedsgerichtsbarkeit intransparent, zu teuer, basiert auf dem Einsatz von Juristen als Schiedsrichtern und entspricht nicht den aktuellen rechtsstaatlichen Ansprüchen. Der Bedarf nach Investitionsschutz zwischen USA und EU ist fraglich.

**Das aktuell verbreitete ISDS-System muss dringend reformiert werden. Der Bedarf nach Investitionsschutz in einem Abkommen zwischen USA und EU**

**gehört überprüft. Langfristig garantiert die Einsetzung eines ständigen Gerichtshofes internationale Rechtsstaatlichkeit.**

### **Kurzfristige Maßnahmen:**

- Es ist dringend eine unabhängige Bedarfsanalyse zu ISDS/Investitionsschutz vom Europäischen Parlament in Auftrag zu geben.
- Gleichzeitig muss überprüft werden, ob Investitionsschutz im Kompetenzbereich der EU oder der Mitgliedsländern liegt.
- Die vorgeschlagenen UNCITRAL-Transparenzregeln für Investitionsschiedsverfahren sind als Mindestmaßstab aufzunehmen.
- Die Verhandlungen sind für die Öffentlichkeit transparent zu machen (via Übertragung).
- Verfahren müssen unter Einbindung der Zivilgesellschaft stattfinden, Bürgerinitiativen und NGOs müssen sich am Verfahren beteiligen dürfen (amicus curiae briefs).
- Durch die Einrichtung einer Anlaufstelle für TTIP-Schiedsverfahren sollen die Kosten vor allem für KMUs (progressive Kostenverteilung) deutlich gesenkt werden.
- Die Verfahrens- und Prozesskosten sind vom Verfahrensverlierer zu tragen.
- Schaffung eines Zulassungsverfahrens nach Vorbild des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, mit dem offenbar ungerechtfertigte Klagen (z.B. bei bewusst inkorrektur Auslegung des Begriffs Enteignung) rasch zurückgewiesen werden können.

### **Langfristige Maßnahmen:**

- Gründung eines **Internationalen Gerichtshofes für Investitionsstreitigkeiten**, der in einer multilateralen Konvention von Staaten ratifiziert werden könnte.
- Möglichkeit zur vertraglichen Einigung auf Schlichtung von Streitigkeiten vor dem IGIS.
- Gründung eines Berufungsgerichts, das auch in schon bestehenden Investitionsschutzabkommen zum Einsatz kommen kann.
- Einsetzung von fünf statt bisher drei Richter\_innen, davon ein Konsumenten- und ein\_e Umweltschutzbeauftragte\_r.
- Interventionsmöglichkeiten für Zivilgesellschaft, Anhörung sozialer und ökologischer Bedenken, evtl. Möglichkeit für Bürger\_innen den Staat

aufzufordern, vor dem IGIS eine Klage gegen ein Unternehmen anzustreben (z.B. bei Missachtung der Menschenrechte).

- Zur Vermeidung von Missbrauch wie z.B. die Verhinderung von Gesetzesvorschlägen durch Klagsandrohung braucht es klare Kriterien und ein rigides Zulassungsverfahren zur raschen Zurückweisung offenbar ungerechtfertigter Klagen.
- Zur Verhinderung von Interessenskonflikten werden unabhängige Berufsrichter\_innen eingesetzt und regelmäßig nach Professionalität und Unabhängigkeit bewertet

**Begründung:** Internationale Investitionsstreitigkeiten bedürfen effizienter Mechanismen zur Streitbeilegung. Zusätzlich sollte jede Form der Schiedsgerichtsbarkeit auch über Investitionsrecht hinausgehende, völkerrechtliche Standards, wie z.B. Umwelt- und Sozialstandards beachten. Ein Handelsabkommen muss daher klare Kriterien enthalten, die die Inanspruchnahme internationaler Schiedsgerichtsbarkeit regelt. Die Unabhängigkeit der (Schieds-)Richter, umfassende Transparenz, eine Berufungsmöglichkeit sowie weitere Standards moderner Rechtsstaaten sorgen für kohärente und angemessene Urteile.

Zur vollständigen Erfüllung dieser Vorgaben ist die Einsetzung eines **Internationalen Gerichtshofs für Investitionsstreitigkeiten** erstrebenswert. Ein ständiger Gerichtshof mit hauptamtlich angestellten Richtern, Berufungsmöglichkeiten und erstmalig entsprechenden Interventionsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft zur Anhörung sozialer und ökologischer Bedenken garantiert internationale Rechtsstaatlichkeit.

## **2.4 Effiziente Regulierung, globale Standards: eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben**

**Herausforderung:** Global tätige Unternehmen nutzen schon heute einen grenzenlosen Markt, der zum Teil ungenügend oder schlecht geregelt ist. Gleichzeitig gibt es zahlreiche bürokratische Hürden, die einer effizienten Regulierung entgegenstehen. Fairer internationaler Wettbewerb wird durch die Kosten unterschiedlicher Umwelt- und Sozialstandards verhindert und führt teilweise zu Betriebsabwanderungen. Staaten und Gesellschaften benötigen jedoch ausgeprägte Umwelt- und Sozialstandards zur langfristigen Sicherung ihrer Lebensqualität.

**Im Rahmen eines internationalen Handelsabkommens könnten wir hohe Umwelt- und Sozialstandards global festlegen, für Fairness im internationalen Wettbewerb sorgen, sowie nachhaltig Entwicklungspolitik betreiben. Daher müssen sich einem neuen Abkommen auch andere Nationen anschließen können, Verhandlungen sollten multilateral erfolgen.**

### **Kurzfristige Maßnahmen:**

- In jedem Bereich des Abkommens müssen ausgehend von hohen europäischen Standards ausnahmslos die jeweils höchsten Umwelt- und Sozialstandards festgeschrieben werden.
- Die Aufmerksamkeit und Skepsis, die Handelsabkommen in Europa widerfahren, müssen als stärkstes Verhandlungsargument für höchste Standards genützt werden.
- Im Zweifel Vorrang für Schutz von Umwelt, Gesundheit und sozialen Rechten: Das Recht, Gesetze zu diesem Zweck zu erlassen, muss explizit und an prominenter Stelle im Abkommen festgehalten werden.
- Bereiche, in denen eine Einigung auf höchstem Niveau nicht möglich ist, sind auszunehmen.
- Da in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion eine Angleichung der Standards momentan unerreichbar scheint und eine gegenseitige Anerkennung von Standards nicht in Frage kommt, ist der Bereich Landwirtschaft von den Verhandlungen auszuschließen.

### **Langfristige Maßnahmen:**

- Automatismus, dass in Zukunft abgeschlossene weitergehende Abkommen im Bereich Umwelt- und Sozialstandards nachgetragen und rechtlich verpflichtend werden.
- Um eine akkordierte Regulierung des weltweiten Handels sicherzustellen, fordern wir eine Rückkehr zur Praxis multilateraler Verhandlungen, z.B. im Rahmen der WTO.
- Internationale multilaterale Verhandlungen zur Etablierung weltweiter Standards für Lebensmittelproduktion und Landwirtschaft, inklusive eindeutiger und verständlicher Kennzeichnungspflicht und damit Eliminierung von Standard-Dumping aufgrund von gefürchteten Wettbewerbsnachteilen.



**Begründung:** Oftmals gibt es auf beiden Seiten des Atlantiks unterschiedliche Standards, um dieselben Ziele im Konsumenten- oder Umweltschutz zu erreichen. Autos müssen zum Beispiel für jeden Kontinent eigene Sicherheits- und Crashtests durchführen. Während transnationale Konzerne diese Kosten leicht schultern, bedeuten sie für KMUs eine schwere und oft unzumutbare Last und damit einen massiven Wettbewerbsnachteil. Zusätzlich dazu sind hohe Umwelt- und Sozialstandards oft dem Wettbewerb zwischen Staaten ausgesetzt und damit der Bedrohung einer Nivellierung nach unten ausgesetzt, was unter allen Umständen zu verhindern ist. Gerade weil die USA und die EU momentan noch den weltweit größten Markt bilden, ist es gerade jetzt unsere Aufgabe, gemeinsam höchste globale Standards zu setzen.

Gemeinsame Standards helfen, begrenzte Ressourcen einzusparen. Zentral ist dabei die Einigung auf die jeweils höchsten Standards: Davon würden Konsumenten und Umwelt weltweit profitieren. Mit einem umfassenden Handelsabkommen, dem andere Nationen folgen oder beitreten können (idealerweise multilaterale Verhandlungen) könnten gemeinsam effektive Rahmenbedingungen geschaffen werden, die hohe Umwelt- und Sozialstandards weltweit sicherstellen. Dies würde auch für fairen wirtschaftlichen Wettbewerb sorgen und ein „race to the bottom“ von Standards aufgrund angedrohter Abwanderung bzw. gefürchteter Wettbewerbsnachteile auf globaler Ebene verhindern. Global gültige Standards sind die beste Voraussetzung für nachhaltig wirksame Entwicklungspolitik.

In einigen Bereichen stehen sich Ansichten und Standards zwischen USA und Europa teilweise diametral entgegen. Wenn nach erfolgten Verhandlungen keine Einigung auf höchstem Niveau möglich ist, sind diese Bereiche aus TTIP und/oder jedem anderen Handelsabkommen auszunehmen. Vor allem bei Kulturförderung, Urheberrecht oder Datenschutzbestimmungen wäre das denkbar. In einem weiteren Bereich, der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, gibt es zwischen USA und Europa tatsächlich stark divergierende Methoden und Standards. Eine Einigung erscheint unrealistisch. Daher fordern wir, dass die Landwirtschaft genauso wie der Bereich audiovisuelle Medien vom Verhandlungsmandat ausgeschlossen werden.